

Verfahren zur Ernennung von Richtern – eine vergleichende Betrachtung

25. April 2012| Von: Dr. Assaf Shapira <http://idi.org.il> (idi.org.il) – מבט השוואתי - המכון הישראלי לדמוקרטיה

Die öffentliche und politische Debatte über die Frage der Ernennung von Richtern im Allgemeinen und des Obersten Gerichtshofs im Besonderen begleitet Israel seit vielen Jahren und ist in jüngster Zeit aufgrund von Gesetzesinitiativen zur Änderung der Zusammensetzung des Ausschusses für die Klärung von Richtern aufgeflammt. Dies ist eine heftige Debatte, die oft von einem harten Austausch von Anschuldigungen zwischen den Behörden und den am Ernennungsverfahren beteiligten Parteien begleitet wird, was die Bedeutung des Themas (für das Ernennungsverfahren ■ die Richter und die Vorschläge zu seiner Änderung siehe "Das Ernennungsverfahren ■ Die Richter in Israel: works - don't touch!" in dieser Ausgabe). Im Rahmen der Diskussion wird in diesem Artikel versucht, die Verfahren zur Ernennung von Richtern in anderen Ländern zu untersuchen. Eine solche vergleichende Untersuchung kann uns ein umfassendes Bild von der Vielfalt der Mechanismen vermitteln, die es in der Welt der Richter gibt, und uns über die Vor- und Nachteile jedes Mechanismus informieren. Zu diesem Zweck beginnt der Artikel mit einer Regel über die Bedeutung des Verfahrens für seine eigenen Richter und seine Hauptprinzipien, vergleicht dann die bestehenden Verfahren in der Welt und untersucht ihre Auswirkungen.

Schnelle Seitennavigation

Einleitung

Die öffentliche und politische Debatte über die Frage der Ernennung von Richtern im Allgemeinen und des Obersten Gerichtshofs im Besonderen begleitet Israel seit vielen Jahren und ist in jüngster Zeit durch Gesetzesinitiativen aufgeflammt, die darauf abzielen, die Zusammensetzung des Ausschusses für die Auswahl von Richtern zu ändern. Dies ist ein heftiger Streit, begleitet von einem Austausch harter Anschuldigungen zwischen den Behörden und den am Ernennungsprozess beteiligten Parteien, was die Bedeutung des Themas unterstreicht (für den Prozess der Ernennung von Richtern und die Vorschläge zu seiner Änderung siehe "Der Prozess der Ernennung von Richtern in Israel: works - don't touch!" in dieser Ausgabe). **Im Rahmen der Diskussion wird in diesem Artikel versucht, die Verfahren zur Ernennung von Richtern in anderen Ländern zu untersuchen.** Eine solche vergleichende Untersuchung kann uns ein umfassendes Bild von der Vielfalt der Mechanismen vermitteln, die es in der Welt für die

Ernennung von Richtern gibt, und über die Vor- und Nachteile jedes Mechanismus lehren. Zu diesem Zweck beginnt der Artikel mit einem allgemeinen Blitz über die Bedeutung des Verfahrens zur Ernennung von Richtern und seiner Hauptprinzipien, vergleicht dann bestehende Verfahren in der Welt und untersucht ihre Auswirkungen.

Die Ernennung von Richtern – Bedeutung des Verfahrens

Der Prozess der Ernennung von Richtern ist in liberalen Demokratien von größter Bedeutung (Clarke, 49:2009), eine Bedeutung, die sich aus Rollen ableitet

Die wichtigsten, die von den Richtern gespielt werden: Richter entscheiden in Straf- und Zivilprozessen und beeinflussen damit das Leben vieler Bürger;

Richter prägen das Bild der Gesellschaft: Erstens etablieren sie neue Rechtsgrundsätze durch Präzedenzfälle; Zweitens müssen sie eines der Prinzipien der liberalen Demokratie > das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit hochhalten, was bedeutet, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich und unterworfen sind; Drittens sind einige Gerichte befugt, in Entscheidungen der Legislative und Exekutive einzugreifen, wenn sie verfassungswidrig sind. Diese Befugnis wird als "gerichtliche Überprüfung" bezeichnet. Und es gibt Richtern eine besondere Rolle beim Schutz der Menschen- und Bürgerrechte. Es sei darauf hingewiesen

, dass die Gerichte dieses Instrument in den letzten Jahrzehnten immer häufiger eingesetzt haben - ein Trend, der als "Legalisierung der Politik" oder "justizieller Aktivismus" bekannt ist (Shitrit, 2003: 359-358) (für mehr über juristischen Aktivismus siehe Cohen und Kremnitzer, 2006).

Die Bedeutung des Verfahrens

Das Verfahren der Ernennung ■ Die Richter sollten mehrere Grundsätze beachten:

Clarke, Europäische Kommission für Demokratie **Durch:**

Ausgezeichnete Qualität: Richter sollten zu den besten Kandidaten ernannt werden. (; Rechtswissenschaften, 2007: 2 2009

[http://www.venice.coe.int/docs/2007/CDL-AD\(2007\)028-e.pdf](http://www.venice.coe.int/docs/2007/CDL-AD(2007)028-e.pdf)

Unabhängigkeit - Es wird vereinbart, dass die Richter nach der Ernennung nicht von der Legislative und Exekutive sowie von anderen Einrichtungen wie Finanziers abhängig sein dürfen. Es gibt jedoch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das Ernennungsverfahren selbst auch unabhängig vom Einfluss dieser Behörden sein sollte:

Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die argumentieren, dass sich der Grundsatz der Unabhängigkeit nicht auf den Prozess der Ernennung von Richtern bezieht und daher die Beteiligung der Exekutive und der Legislative an diesem Prozess legitim ist, solange die Unabhängigkeit der Richter nach ihrer Ernennung gewährleistet ist (Even, 2004: 263). Diese Unabhängigkeit hat verschiedene Möglichkeiten, indem sie beispielsweise sicherstellt, dass die Amtszeit und die Gehälter der Richter festgelegt werden und dass sie nicht in der Mitte der Amtszeit angeklagt oder in ihren Gehältern gekürzt werden können; Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die argumentieren, dass der Einfluss anderer Behörden auf das Verfahren der Ernennung von Richtern ihre Unabhängigkeit beeinträchtigt und unerwünscht ist. Aus zwei Gründen: Erstens kann es zu einer unzulässigen Verbindung zwischen dem Richter und den Mitgliedern dieser Behörden kommen; Zweitens könnte es dazu führen, dass Richter aus politischen Gründen und nicht nach ihrer Qualifikation ernannt werden. Aber auch diejenigen, die diese Position unterstützen, schließen eine externe Beteiligung an der Ernennung von Richtern nicht völlig aus, solange die politische Kultur des Landes sicherstellt, dass Legislative und Exekutive ihren Einfluss nicht missbrauchen und nur die besten Richter wählen. Eine akzeptable Alternative zur Wahl von Richtern anstelle von Exekutive und Legislative ist eine unabhängige Kommission, die sich unter anderem aus Richtern zusammensetzt. Rechtsanwälte und öffentliche Vertreter (2007, Europäische Kommission für Demokratie durch Recht). [http://www.venice.coe.int/docs/2007/CDL-AD\(2007\)028-e.pdf](http://www.venice.coe.int/docs/2007/CDL-AD(2007)028-e.pdf)

Gleichheit - Jede Person, die objektive Kriterien erfüllt, die durch Gesetz oder Gewohnheit festgelegt sind, hat das gleiche Recht, für die Ernennung eines Richters zu kandidieren, und das Ernennungsverfahren muss ohne Diskriminierung zwischen Kandidaten aufgrund von Religion, Rasse, Geschlecht, Nationalität, politischer Einstellung usw. durchgeführt werden.

Transparenz – Das Verfahren zur Ernennung von Richtern sollte für die Öffentlichkeit und insbesondere für die Kandidaten sichtbar sein. Dies bezieht sich beispielsweise auf Transparenz in Bezug auf die Schwellenwerte, die Richter erfüllen müssen, die Verfahren, nach denen das Ernennungsverfahren durchgeführt wird, und die Identität des Gremiums, das die Richter auswählt (; 2009, Clarke [http://www.venice.coe.int/docs/2007/CDL-AD\(2007\)028-e.pdf](http://www.venice.coe.int/docs/2007/CDL-AD(2007)028-e.pdf) . (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht, 2007: 2

Repräsentativität – Das Prinzip der Repräsentativität besagt, dass die Identität der Richter alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere ethnische, religiöse und nationale Gruppen, widerspiegeln und Frauen vertreten muss. Ähnlich wie das Prinzip der Unabhängigkeit provoziert auch das Prinzip der Repräsentativität eine Meinungsverschiedenheit: Zum Beispiel befürchten diejenigen, die es ablehnen, dass, wenn bei der Ernennung von Richtern Erwägungen der Vertretung angewendet werden, dies auf Kosten von Erwägungen der Exzellenz gehen wird (Kremnitzer, 2004: 4748).). Eine weitere Gefahr besteht darin, dass sie aufgrund des Repräsentativitätsprinzips "Nischenrichter" wählen, dh Richter, die eindeutig mit einer bestimmten Gruppe identifiziert werden und deren Position zu jedem Thema im Voraus bekannt ist (Stern, 2004: 40-41). Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Schwierigkeit, bestimmte Gruppen zu definieren, die unter den unzähligen sozialen Gruppen des Landes repräsentativ sind (zum Beispiel, argumentierte Haim Oron, siehe Schiff, 130:2004). Auf der anderen Seite argumentieren Befürworter der Förderung der Repräsentation, dass sie der Exzellenz nicht schaden muss: Zum Beispiel ist es möglich, die Repräsentation zu fördern, indem Kandidaten aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermutigt werden, sich für die Position des Richters zu bewerben (2009: 64-62). Clarke und Vertretungserwägungen können nur berücksichtigt werden, wenn Kandidaten für das Richteramt die gleichen Qualifikationen haben (z. B. argumentierte Yitzhak Zamir, siehe Schiff, 2004: 144-145). Sie argumentieren weiter, dass die Förderung der Repräsentation tatsächlich zur Exzellenz beitragen wird: Sie wird den "Pool" vergrößern, aus dem Richter gewählt werden, weil verschiedene und vielfältigere Schichten der Bevölkerung darin enthalten sein werden. Mangelnde Repräsentation, so argumentieren sie, wird das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Gerichte ernsthaft untergraben (Clarke, 62.64.2009).

Die Einhaltung dieser Grundsätze hängt in erster Linie von den Verfahren zur Ernennung der Richter und vom Gremium ab. Ein Meer von Teilnehmern im Auswahlverfahren.

Im Berufungsverfahren

Die teilnehmenden Gremien verzichten auf die Welt

Um die Vielfalt der Verfahren für die Anzahl der Richter in der Welt darzustellen, konzentriert sich die Beschreibung auf neun Länder: Australien, Irland, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Indien, Japan, Schweden und die WZO. In diesen Ländern wird das Verfahren zur Ernennung von Richtern am Obersten Gerichtshof geprüft, und wenn sich Medu Bar in einem Bundesstaat befindet, dann an das Bundesgericht.

Im Allgemeinen gibt es fünf Gremien, die am Prozess der Ernennung von Richtern teilnehmen können (Wood, 2006):

1. Das Gremium, das die Richter wählt

Dies ist das Gremium, das tatsächlich die Identität der Richter bestimmt. Das Wahlorgan ist das dominierende Organ bei der Ernennung von Richtern, obwohl andere Organe seine Macht einschränken können. Die Rolle des Wahlorgans wird in verschiedenen Ländern von verschiedenen Behörden und Institutionen wahrgenommen:

Die Exekutive - in der Regel der Leiter der Exekutive (Präsident oder Premierminister) oder der Justizminister. Es ist das häufigste Wahlgremium in den untersuchten Ländern: die Exekutive wählt die Richter in Australien, BeanPenn, in Irland, den Niederlanden, Schweden und den Vereinigten Staaten (Zadok, 2010; 2007:4, Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) <https://www.idi.org.il/media/5861/m02731.pdf> . Schweden und die Vereinigten Staaten unterscheiden sich jedoch erheblich von den anderen Ländern, da in beiden Ländern die Macht der Exekutive begrenzt ist, da auch andere Behörden an der Genehmigung der Ernennung beteiligt sind: In Schweden empfehlen die Gerichte Kandidaten für den Posten vor dem Justizminister, und in den Vereinigten Staaten ernennt der Präsident zwar die Richter des Obersten Gerichtshofs, aber er muss die Zustimmung des Senats für die Ernennung einholen. Auch in Großbritannien wählten der Premierminister und der Justizminister die Richter des Obersten Gerichtshofs. Im Jahr 2009 änderte sich jedoch das Wahlgremium (siehe Cohen, 2011).

Die Legislative, also das Parlament. Dieser Mechanismus ist nicht üblich und existiert nur in der Schweiz (Europäische Kommission für Demokratie) [http://www.venice.coe.int/docs/2007/CDL-AD\(2007\)028-e.pdf](http://www.venice.coe.int/docs/2007/CDL-AD(2007)028-e.pdf)

. (Through Law, 2007: 2)
Ernennungsausschuss - ein Ausschuss, dessen Aufgabe die Auswahl der Richter ist. Der Ausschuss kann eine Vielzahl von Mitgliedern haben, darunter Minister, Parlamentsmitglieder, Richter, Vertreter der Anwaltskammer, Akademiker, Vertreter der Öffentlichkeit und mehr. Insbesondere sollte zwischen Ausschüssen mit einer Mehrheit von Mitgliedern der Legislative oder Exekutive und Ausschüssen mit einer Mehrheit von Richtern unterschieden werden. Nominierungsausschüsse gibt es in Großbritannien (seit 2009) und Indien, und in beiden dominieren die Richter, obwohl in Indien diese Dominanz ausgeprägter ist. Im Vereinigten Königreich besteht der Ausschuss aus fünf Mitgliedern: dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, seinem Stellvertreter und je einem Vertreter der drei regionalen Ernannten und Richter (von England und Wales), Schottland und Nordirland), die der Justizminister auf Empfehlung des Regionalkomitees ernennt. Die regionalen Nominierungsausschüsse bestehen aus Richtern, Anwälten und öffentlichen Vertretern, und jeder von ihnen kann ernannt werden (Constitutional Reform Act 2005: Schedule; Cohen, 2011) <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2005/4/contents> . Es sei darauf hingewiesen, dass die Befugnisse des Nominierungsausschusses begrenzt sind, da seine Wahl von der Zustimmung des Justizministers abhängt. In Indien hat der Präsident die Macht, die Richter des Obersten Gerichtshofs zu ernennen, aber die Verfassung verlangt von ihm, sich mit den vorsitzenden Richtern zu beraten. Im Laufe der Jahre wurde eine Praxis geschaffen, die in Gerichtsurteilen verankert ist, wonach ein Ausschuss von Richtern des Obersten Gerichtshofs empfiehlt, wen er zum Präsidenten ernennt, und der Präsident akzeptiert seine Empfehlungen (Nationale Kommission zur Überprüfung der Arbeit der Regierung) <http://lawmin.nic.in/ncrwc/finalreport/v2b1-14.htm> .

. (Verfassung, 2001)
Ernennungsausschüsse sind auch in anderen Ländern wie Spanien, Portugal, Italien und Frankreich üblich, und in einigen dieser Länder ist die Zusammensetzung des Ausschusses ausgewogener: In Spanien sind beispielsweise Rechtsanwälte und Richter im Ausschuss tätig, aber alle werden von der Legislative ausgewählt; In Portugal sind die Hälfte der Ausschussmitglieder Richter, die von den Richtern gewählt werden, und die Richter sind keine Richter und werden von der Legislative und dem Präsidenten gewählt (Zadok, 2010). Die breite Öffentlichkeit - durch Wahlen. Dieser Mechanismus ist nicht üblich und charakteristisch für untere Gerichte: Er existiert in einigen Staaten der Vereinigten Staaten und Kantonen in der Schweiz (Even, 2004: 272, 279) .

2. Die zertifizierende Stelle

Es ist das Gremium, das die Identität der ausgewählten Personen und Pats bestätigt. Dieses Gremium ist von großer Bedeutung, da es die Befugnis hat, die von der Jury ausgewählten Richter zu disqualifizieren.

Der Wähler.

In den Vereinigten Staaten ist die Zustimmung des Senats erforderlich, um die vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten zu nominieren: Zuerst findet eine öffentliche Anhörung im Senatsausschuss statt, in der der Kandidat und andere Beamte erscheinen; Der Ausschuss stimmt dann über das Zierwasser ab und empfiehlt, ob es genehmigt oder abgelehnt werden soll (manchmal wird die Ernennung ohne Empfehlung an den Senat übertragen); Schließlich findet eine Abstimmung im Senatsplenum statt (Zadok, 2010: 11-13). Die meisten Ernennungen, die der Präsident vorlegt, werden genehmigt, aber nicht alle: Von den 160 Kandidaten für den Obersten Gerichtshof, die von den Präsidenten der Vereinigten Staaten in den Jahren 1789 und 2010 vorgelegt wurden, genehmigte der Senat 124 Ernennungen (von denen sieben den Dienst verweigerten) und lehnte von zwölf. Die übrigen Ernennungen kamen aus verschiedenen Gründen nicht zur Abstimmung, zum Teil wegen der Notwendigkeit der Zustimmung des Senats: Zum Beispiel gab der Präsident in elf Fällen den Kandidaten noch vor der Senatsabstimmung auf, und das Zugeständnis könnte auf Bedenken zurückzuführen sein, dass der Senat den Kandidaten disqualifizieren würde (Senat der Vereinigten Staaten, 2011) <http://www.senate.gov/pagelayout/reference/nominations/Nominations.htm> .

In Großbritannien muss der Justizminister die vom Nominierungsausschuss beschlossene Ernennung von Richtern genehmigen. Er hat die Befugnis, ihre Wahl zu genehmigen, sie zu disqualifizieren oder das Komitee anzuweisen, die Auswahl zu "überdenken" (Judicial Appointments Commission 2011 <http://jac.judiciary.gov.uk/about-jac/142.htm>).

In Japan ist die Bescheinigungsinstanz die Wählerschaft: Jede Ernennung zum Obersten Gerichtshof wird der Öffentlichkeit bei den ersten Parlamentswahlen nach der Ernennung zur Genehmigung vorgelegt. Die Wähler können die Ernennung genehmigen oder ablehnen. Die Amtszeit eines Richters wird bei den ersten Wahlen zum Parlament nach Ablauf von zehn Jahren seit der Ernennung erneut der Öffentlichkeit zur Entscheidung vorgelegt. Kein Richter in Japan wurde jemals auf diese Weise angeklagt (Zadok, 2010: 5).

3. Die empfehlende Stelle

Dieses Gremium erstellt eine begrenzte Kandidatenliste, aus der die Richter vom Wahlgremium ausgewählt werden. Wie das Anerkennungsgremium hat auch dieses Gremium einen großen Einfluss auf das Verfahren zur Ernennung von Richtern, da eine Person, die nicht auf der vorbereiteten Liste steht, nicht zum Richter ernannt werden kann.

In den Niederlanden gibt es zwei Empfehlungsgremien - den Obersten Gerichtshof und das Parlament: Für jeden freigewordenen Sitz im Obersten Gericht schlagen die Richter selbst sechs Kandidaten vor und bewerten sie; Das Parlament grenzt die Liste auf drei Kandidaten ein und ordnet sie ein; Und die Regierung trifft eine beeindruckende Wahl

. (Andeweg und Irwin, 2002: 159) Das ist ein Kandidat

In Schweden sind die Gerichte das empfehlende Organ: Das Gesetz sieht vor, dass das Justizministerium und die Richter gemeinsam eine Kandidatenliste erstellen, die der Regierung zur Entscheidung vorgelegt wird. In der Praxis formulieren die Richter des Obersten Gerichts ihre eigene Kandidatenliste und legen sie dem Justizminister vor; In den meisten Fällen akzeptiert der Justizminister die Empfehlungen und leitet sie an die Regierung weiter, aber manchmal verhandelt er mit den Richtern über die Empfehlungen und leitet sie erst dann an die Regierung weiter ([Zadok, 2010: 7](#)).

4. Das beratende Gremium

Dieses Gremium gibt dem Wahlgremium unverbindliche Ratschläge und Empfehlungen zu Kandidaten. Da es sich um unverbindliche Ratschläge handelt, hängt der Einfluss dieses Gremiums in erster Linie vom Willen der Wahlbehörde und ihrer Söhne ab, dies sich im Laufe der Jahre im Land entwickelt haben. Es sei darauf hingewiesen, dass es Länder gibt, in denen das Gesetz die Konsultation verschiedener Stellen im Rahmen des Ernennungsverfahrens vorschreibt, und es gibt Länder, in denen dies nur eine Praxis ist.

Nach australischem Recht ist der Justizminister verpflichtet, sich vor der Empfehlung von Kandidaten vor der Regierung mit den Justizministern der Länder zu beraten, aus denen Australien besteht. Er berät sich auch mit anderen Beamten: hochrangigen Richtern, den Anwaltskammern der Staaten und Territorien und den Dekanen der juristischen Fakultäten (ebd.: 4).

In Irland muss die Regierung die Empfehlungen des JudicialAppointmentAdvisoryBoard berücksichtigen, jedoch mit zwei Vorbehalten: Erstens berücksichtigt die Kommission nur Kandidaten, die nicht als Richter tätig sind, und keine Kandidaten, die bereits als Richter an niedrigeren Gerichten tätig sind; Zweitens sind die Empfehlungen des Ausschusses nicht bindend, sondern lediglich Empfehlungen. Der Ausschuss besteht aus den Präsidenten verschiedener Instanzen der Gerichte (einschließlich des Präsidenten des Hauses). B. der Oberste Gerichtshof), der Generalstaatsanwalt, Vertreter der israelischen Anwaltskammer und vom Justizminister ernannte Sachverständige (ebd.: 5-6).

In Großbritannien bis 2009 konsultierte der Justizminister – obwohl er nicht dazu verpflichtet war – Juristen und Richter und erhielt manchmal sogar eine schriftliche Stellungnahme von ihnen, in der die Kandidaten eingestuft wurden (Eban, 2004: 263). Derzeit sieht das Gesetz die Verpflichtung vor, sowohl den Nominierungsausschuss (vor der Übergabe der Wahl an den Justizminister) als auch den Justizminister (nach Erhalt der Auswahl des Ausschusses) zu konsultieren: Beide Parteien sollten sich mit hochrangigen Richtern und hohen Beamten der schottischen Regierung beraten. Wales und Nordirland. Der Nominierungsausschuss sollte sich auch mit dem Justizminister selbst beraten (Verfassungsgesetz von 2005).

In den Vereinigten Staaten war die Anwaltskammer früher ein beratendes Gremium von großer Bedeutung: Nach der Praxis, die 2001 abgeschafft wurde, prüfte ein Sonderausschuss in ihrem Namen eine Liste von Kandidaten, die er vom Justizminister erhalten hatte, und gab dem Weißen Haus seine Meinung zu jedem Kandidaten: sehr geeignet, geeignet oder ungeeignet. Die Meinung über den Kandidaten, der letztendlich den Präsidenten gewählt hat, wäre bei einer Senatsanhörung ([Eban, 2004: 278-277](#)).

Schließlich ist Indien ein interessanter Fall, in dem ein beratendes Gremium zu einem Wahlgremium wird: Wie oben erwähnt, muss sich der Präsident gemäß der Verfassung mit den Richtern des Obersten Gerichtshofs beraten, bevor er neue Richter wählt, aber im Laufe der Jahre hat sich eine Praxis herausgebildet, bei der die Richter des Obersten Gerichtshofs die neuen Richter tatsächlich wählen und der Präsident ihre Auswahl akzeptiert (National Commission to Review the Working of the Constitution 2001).

5. Die Anstellungsstelle

Dieses Gremium ernennt offiziell die Richter. Es gibt Länder, in denen dieses Gremium auch das Wahlorgan ist - der Präsident der Vereinigten Staaten, die Regierung von Schweden und das Parlament der Schweiz. In anderen Ländern ist dies jedoch nur eine symbolische Rolle, die die Identität der ernannten Richter nicht berührt. Normalerweise ist es das Staatsoberhaupt - die Königin von Großbritannien, der Gouverneur von Australien (im Namen der Königin von Großbritannien) und die Frau von Indien und Irland. In den Niederlanden unterzeichnet der Justizminister die Ernennung, wird aber von der Königin dazu ermächtigt; in der Erwägung, dass in Japan der Kaiser den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs ernennt, und der Rest der Richter wird von der Regierung ernannt und die Ernennung erhält die "Zustimmung" des Kaisers.

Tabelle 1: Verfahren zur Ernennung von Richtern am Obersten Gerichtshof in neun Staaten

Land	Wahlgremium	Körperbestätigung	Körper empfiehlt	Beratendes Gremium	Körper von ihr
Australien	Regierung	--	--	Die Justizminister der Länder, Richter, Anwaltskammern, Dekane	Gouverneur
Irland	Regierung	-	-	Beirat	Präsident
USA	Präsident	Senat	-	-	-Präsident
Vereinigtes Königreich	Ernennungsausschuss (der dominierende Faktor - die Ernennungsausschuss (nur bestehend aus Richtern))	Regierung [Justizminister]	-	Richter, Nitschi, Grafschaften	Krönung
Indien	Regierung	-	-	-	Präsident
Niederlande	Regierung	-	Richter des Obersten Gerichtshofs und	-	Minister der Justiz [zur Unterstützung der Königin]
Japan	Regierung	Öffentlich	-	-	Der Kaiser und die Regierung
Schweden	Regierung	-	Richter des Obersten Gerichtshofs	-	Regierung
Schweiz	Parlament	-	-	-	Parlament

Die Folgen der verschiedenen Verfahren für die Ernennung Richter

Um mehr über die Auswirkungen der verschiedenen Verfahren zur Ernennung von Richtern auf der ganzen Welt zu erfahren, ist es notwendig zu untersuchen, wer der dominierende Faktor in diesem Prozess ist: die Regierung **oder die Exekutive** – in Australien, Irland und Japan ist der dominierende Faktor eindeutig die Regierung; In Schatz ist der dominierende Faktor die Legislative. Wie bereits erwähnt, kann eine Wahl durch die Exekutive oder Legislative (oder durch einen von diesen Behörden kontrollierten Erennungsausschuss) die politische Zugehörigkeit des Kandidaten mehr als seine Qualifikationen berücksichtigen und auch eine unangemessene Abhängigkeit zwischen Richtern und Politikern schaffen; Da eine solche Wahl hingegen von Beamten getroffen wird, die von der Öffentlichkeit gewählt werden, kann sie ihr Vertrauen in das Ernennungsverfahren stärken. und sogar als demokratischer wahrgenommen zu werden.

Die Justiz – In Indien und in geringerem Maße im Vereinigten Königreich dominieren die Richter bei der Ernennung von Richtern, da sie den Nominierungsausschuss kontrollieren. Von der Auswahl durch eine Berufungskommission, die von Vertretern der Richter kontrolliert wird, wird nach Ansicht ihrer Befürworter erwartet, dass sie in erster Linie die Qualifikationen des Kandidaten und nicht seine politische Zugehörigkeit berücksichtigt und die Unabhängigkeit der Gerichte stärkt. Auf der anderen Seite argumentieren Kritiker eines solchen Ausschusses, dass erwartet wird, dass er die Gerichte in eine geschlossene und elitäre "Gilde" verwandelt. deren Mitglieder sich ohne Kritik von außen selbst wählen. Daher kann ein extremer Mangel an Repräsentation versucht sein – die überwiegende Mehrheit der Richter wird derselben sozialen Klasse angehören. Diese Phänomene sind geeignet, das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Justizsystem ernsthaft zu untergraben.

Eine Kombination mehrerer Faktoren – es gibt Länder, in denen mehr als ein Gremium die Ernennung von Richtern beeinflusst: in den Vereinigten Staaten sind es der Präsident (Wahlorgan) und der Senat (parlamentarisches Organ); in den Niederlanden - im Parlament (empfehlendes Gremium), Richter (empfehlendes Gremium) und Regierung (Wahlorgan); in Schweden - in Richtern (empfehlendes Gremium) und in der Regierung (zustimmende Stelle); und im Vereinigten Königreich bei Richtern und Vertretern von Rechtsanwälten und der Öffentlichkeit (Wahlorgan) und in der Regierung (Bescheinigungsstelle). Es ist üblich zu argumentieren, dass die Auswahl von Richtern nach einer Vielzahl von Faktoren zwei bemerkenswerte Vorteile: Erstens müssen die verschiedenen Parteien Vereinbarungen und Kompromisse erzielen, damit am Ende Richter aus verschiedenen politischen Lagern und verschiedenen Bevölkerungsschichten ernannt werden sollen, was die Repräsentativität erhöht; Zweitens ist ein solches Verfahren im Allgemeinen institutionalisierter, überwacht und transparenter als ein Verfahren, bei dem nur ein Welpedie Richter auswählt (Eban, 2004: 268; 3-5:2007, Europäische Kommission für Demokratie durch Recht). Andererseits besteht auch in diesem Fall die Gefahr, dass die Notwendigkeit von Kompromissen und Ausgewogenheiten auf Kosten von Überlegungen zur Qualifikation der Kandidaten geht und diejenigen, die gewählt werden, mittelmäßig oder grau sind.

Zusammenfassung

Ein vergleichender Blickwinkel der Ernennungsverfahren Richter auf der ganzen Welt zeigen, dass es eine Vielzahl von Verfahren gibt: In einigen Ländern kontrolliert eine einzige Behörde – die Exekutive, die Legislative oder die Judikative – das Ernennungsverfahren, und in anderen Fällen ist mehr als eine Behörde am Auswahlverfahren beteiligt. Jedes Berufungsverfahren hat seine Vor- und Nachteile: So kann beispielsweise die Beteiligung der Exekutive und der Legislative am Ernennungsprozess die Unabhängigkeit der Gerichte und die Qualität des Betriebsteams beeinträchtigen, während die Dominanz der Judikative in diesem Prozess den Elitismus fördern und die Vertretung der Richter und das Vertrauen der Öffentlichkeit in sie untergraben kann. Die Debatten zu diesem Thema betreffen daher nicht nur technische Fragen, sondern spiegeln unterschiedliche und sogar gegensätzliche Vorstellungen über das Blut des Justizsystems wider. Die Vielzahl der Vereinbarungen und die Änderungen, die für sie gelten, zeigen, dass Israel keine Ausnahme bei der Debatte über die richtige Art und Weise der Ernennung von Richtern ist.

Quellenverzeichnis

Even, Efrat, 2004. "Der Prozess der Ernennung von Richtern - eine vergleichende Sichtweise", **Die Justiz: Verfassungsverordnung, ernannte Richter, ■Verfassungsgeheimnisse**

(Öffentlicher Rat, 11. Sitzung, 19. Juni 2003), erschossen Shalim: The Israel Democracy Institute, S. 263-285.

Cohen, Yael, 2011. "Die Kommission für die Auswahl der Richter - wer? Einige? Warum? Ist das so?", Website des **Israel Democracy Institute**.

Cohen, Margit und Mordechai Kremnitzer, 2006. **Religion and the High Court of Justice: Image and Reality - B. A 3D Model for Measuring Judiciary Activism■** (Positionspapier)

57), Jerusalem: The Israel Democracy Institute.

Zadok, Dina, 2010. "Methoden zur Ernennung von Richtern an Obersten Gerichten: Eine vergleichende Überprüfung", Knesset-Forschungs- und Informationszentrum, Knesset-Website.

Kremnitzer, Mordechai 2004. "The Ways of Minutiating Judges", **The Judiciary: Constitutional Regulation, Appointment of Judges, Constitutional Foundations** (Öffentlicher Rat, 11. Sitzung, 19. Juni 2003), Jerusalem: Israel Democracy Institute, S. 37-51.

Rimmer-Cohen, Yael, 2012. "Der Prozess der Ernennung von Richtern in Israel: Ein Angestellter - nicht berühren!", **Parlament**, Diese Ausgabe (72), **Website des Israel-Instituts Demokratie**.

Shitrit, Shimon, 2003. "Der Prozess der Ernennung von Richtern: Verfahren und Standards", Gesetz 8: 357-404.

Stern, Yedidya Tsi, 2004. "Professionalism vs. Representation in Judiciary", **The Judiciary: Constitutional Regulation, Appointment of Judges, ■Constitutional Secrets** (Public Council, 19. Juni 2003), Jerusalem: Israel Democracy Institute, 37-43.

Schiff, Ilan, 2004. "A discussion group in me moderationnd by Justice IlanSchiff", **The Judiciary: Constitutional Regulation, Appointment of Judges, Constitutional Foundations** (Public Council, 11th Session, June 19, 2003), Jerusalem: Israel Democracy Institute, Ami 106-159.

Andeweg, Rudy B. und A. Irwin Galen, 2002. *Governance and Politics of the Netherlands*, Hampshire and New York, NY: Palgrave Macmillan.

Clarke, Anthony (Lord of Stone - Ebony), 2009. "Selecting Judges: Merit, Moral Courage, Judgement & Diversity", *High Court Quarterly Review* 5 (2): 49-64.

Verfassungsreformgesetz von 2005. Legislation.gov.uk.

Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission), 2007. *"Richterliche Ernennungen", Bericht*, der von der Venedig-Kommission auf ihrer 70. Plenartagung vom 16. bis 17. März in Venedig angenommen wurde.

Kommission für Ernennungen von Richtern, 2011. *"Senior Appointments"*.

NationaleKommission zur Überprüfung der Funktionsweise der Verfassung, 2001. "A *Consultation Paper on Superior Judiciary*", 26. September.

Senat der Vereinigten Staaten, 2011. *"Supreme Court Nominations, Present-1789"*.

Wood, Rebecca, 2006. *"Comparing Judicial Selection Systems in Common Law Democracies Creating a Framework for Comparison"*, Vortrag auf der Jahrestagung 2006 der Midwest Political Science Association, Chicago, IL, 25. März.

Tags: Gewaltenteilung